





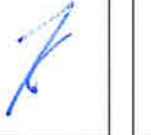
## Sichtvermerk der Ämter zum Antrag der SPD-Fraktion

**Betreff:**                    **Antrag der SPD-Fraktion i. S. Sanierung des 3. und 4. Bauabschnittes des Wallgrabens**

**DS Nr.:**                    **153-19**

**Stadtratssitzung am:**     **30. Januar 2020**

Sichtvermerk:

OB Herr Dr. Wilde	BM Herr Schöne	Rechtsamt Herr Rockmann	Kämmerer Herr Schmiech	Amt 14 Fr. Preussner	Amt 61 Herr Koch	
						

Beteiligte Ämter und Sachgebiete (Ordnungs-Nr. und Sichtvermerk)

Kurzkommentar oder Stellungnahme:

	Unterschrift	Stellungnahme, Bemerkung
Oberbürgermeister Herr Dr. Wilde		
Bürgermeister Herr Schöne		
Amtsleiter 30: Herr Rockmann		
Amtsleiter 20: Herr Schmiech		
Amtsleiterin 14: Frau Preussner		
Amtsleiter 61: Herr Koch		

### Stellungnahme Amt 61:

Mit Aufstellungsbeschluss vom 29.07.2017 (DS 94-17) stimmte der Stadtrat u. a zu, im Rahmen des Fördergebietes „Zukunft Stadtgrün“ den Wallgraben zu sanieren.

Daraufhin beantragte die Stadtverwaltung die dazu erforderlichen Genehmigungen.

Zunächst war zu klären, ob für diese Maßnahme eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorzunehmen ist. Mit Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen vom 11.04.2018 (Sächsisches Amtsblatt Nr. 18/2018) wurde festgestellt, dass bei Umsetzung der beschriebenen Vorzugsvariante unter Berücksichtigung der von den beteiligten Behörden geforderten Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen die Art und das Ausmaß der Auswirkungen nicht die Schwelle der erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen überschreitet.

Die vorgenannten Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen sind Gegenstand der vom Landratsamt Nordsachsen für den Gewässerausbau des Wallgrabens erteilten Plangenehmigung vom 28.12.2018.

Ein Bestandteil dieser Plangenehmigung, die sich auf alle Abschnitte des Wallgrabens erstreckt, ist der Landschaftspflegerische Begleitplan.

In diesem sind auch für die Gehölze die anlagebedingten Auswirkungen, das Entwicklungspotential des Gehölzbestandes vor und nach der Baumaßnahme sowie Vermeidungs-, Ausgleichs und Gestaltungsmaßnahmen beschrieben und festgelegt.

Diese Plangenehmigung ist bestandskräftig und folglich bindend. Da die beteiligten Behörden, so auch das Umweltamt der Genehmigungsbehörde, die anzuwendende Technologie und deren Auswirkungen hier zu bewerten hatten, ist eine weitere Variantenuntersuchung nicht angezeigt.

Auch die Ausführungsplanung für den 3. und 4. Abschnitt hat sich an der Plangenehmigung auszurichten.

Einzelne Abweichungen hiervon, die den Regelungen der Plangenehmigung nicht grundsätzlich entgegenstehen und sich insbesondere aus den Erfahrungen der Baudurchführung des 1. und 2. Bauabschnitts ergeben, bedürfen der Abstimmung mit der Plangenehmigungsbehörde. Dies trifft u.a. auf den beabsichtigten Erhalt der Weiden in der Nähe der Schillerbrücke zu.

Im Übrigen ist die Planung und Umsetzung des 3. und 4. Abschnittes derzeit weder im Haushaltsplan veranschlagt noch durch Fördermittel untersetzt. Folglich würde es dem Antrag ohnehin an Entscheidungsreife fehlen.